

Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 11.12.1997
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:05 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Lina

SPD-Fraktion
Everwien, Herta
Grix, Helga
Jahnke, Horst
Leeker, Wilhelm
Meyer, Elfriede
Südhoff, Johann

CDU-Fraktion
Janßen, Heinz Werner

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Züchner, Hermann

FDP-Fraktion Grundmandat
Beisser, Kurt-Dieter Dr.

Beratende Mitglieder
Haarmeyer, Norbert
Hartwig, Elsa
Hayenga, Klaas
Könitz, Werner
Kruizinga, Wübbo
Wewer, Lennart

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Um 17.00 Uhr eröffnet die Vorsitzende die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Sie begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Presse und die anwesenden Zuschauer.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Fürst schlägt vor, den Punkt 5 "Mitteilungen des Oberstadtdirektors" um einen weiteren Bericht zu ergänzen. Der Leiter des Hauptamtes, Herr Potthast, möchte einen "Zwischenbericht

zur Verwaltungsreform bei der Stadt Emden", insbesondere unter Darstellung der Bildung eines Fachbereiches Soziales, Jugend und Gesundheit geben. Dieser Vorschlag erhält die Zustimmung der Ausschußmitglieder. Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der o.a. Ergänzung einstimmig angenommen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 24.09.1997

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 24.09.1997 wird einstimmig angenommen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 10.11.1997

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 10.11.1997 wird einstimmig angenommen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

Herr Fürst teilt einleitend mit, daß es guter Brauch sei, daß Vereine, Verbände und soziale Einrichtungen über ihre Arbeit berichten. Der Seniorenbeirat müsse auch pflichtgemäß nach § 3 seiner Satzung dem Rat der Stadt Emden einen Bericht über seine Arbeit im abgelaufenen Jahr abliefern. Hierüber wolle Herr Dilling, der Vorsitzende des Seniorenbeirats, nachfolgend berichten. Ebenso möchte er zum Ergebnis der Seniorenbefragung Ausführungen machen.

Des weiteren sei in der letzten Zeit des öfteren aus dem Bereich der Ratsmitglieder die Forderung erhoben worden, über die Arbeit der relativ jungen Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft der Stadt Emden (AAGE) zu berichten. Die Geschäftsführerin der AAGE, Frau Burfeind, würde daher nachfolgend zur Arbeit und zum Sachstand in der AAGE vortragen.

1. Bericht der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft
-mündlicher Sachvortrag-

Frau Burfeind bedankt sich zunächst für die Einladung und gibt dann eine ausführliche Stellungnahme über die Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft der Stadt mbH ab. Dieser Bericht wird wunschgemäß dem Protokoll beigefügt.

Auf die Frage von Herrn Züchner, ob sichergestellt sei, daß jeder Hilfeempfänger einen Arbeitsplatz erhalten könne, der dies wolle, antwortete Frau Burfeind, daß jeder Arbeitswillige sich bei Herrn Lindner vom Sozialamt melden könne, der dann eine Weiterleitung vornehme. Des weiteren erläutert sie, daß der Beirat der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft der Stadt Emden z.Z. noch nicht gegründet sei, dieser solle die Vermittlung zum ersten Arbeitsmarkt unterstützen.

Auf Herrn Haarmeyers Anfrage teilt sie mit, daß die Auswahl der bisher bei der AAGE beschäftigten Personen nicht nach der Vorbildung in handwerklichen Berufen erfolgt wäre, sondern daß man zunächst froh gewesen sei, ausreichend Leute, die die Voraussetzungen für die Förderung durch das Arbeitsamt erfüllten, gefunden zu haben. Hierbei handele es sich in der Regel um nicht qualifizierte Personen.

Herr Jahnke ist der Auffassung, daß die Gründung eines Beirates außerordentlich wichtig sei, damit der politische Einfluß bestehen bleibe. Er möchte wissen, wie viele Beschäftigte in AB-Maßnahmen über das Arbeitsamt und wie viele Beschäftigte über Sozialhilfemaßnahmen eingesetzt werden.

Herr Lindner, der als Zuschauer an der Sitzung teilnahm, teilt darauf hin mit, daß derzeit 30 Arbeitsmaßnahmen über das Arbeitsamt mit 80 Beschäftigten laufen sowie 110 bis 120 Sozialhilfeempfänger im Rahmen zusätzlicher und gemeinnütziger Arbeiten beschäftigt werden.

Auf die Frage von Herrn Kruizinga, ob auch jugendliche Ausländer ohne Arbeitserlaubnis in der AAGE beschäftigt werden können, teilt Frau Burfeind mit, daß dies nicht möglich ist. Die AAGE bemühe sich jedoch, in derartigen Fällen Arbeitserlaubnisse für die betroffenen Personen zu bekommen.

Herr Renken wirft ein, daß in der Gesellschafterversammlung keine Auskunft gegeben wurde, wann der Beirat gegründet wird. Er fragt an, wann der erste Jahresabschluß zu erwarten ist. Im Haushalt 1998 seien für die AAGE 200.000,- DM veranschlagt, während im Haushalt 1999 lediglich noch 100.000,- DM angesetzt würden. Frau Burfeind entgegnet, daß der Jahresbericht für das Jahr 1996 vorgelegen habe, der Jahresbericht für 1997 könne erst nach Abschluß des Jahres erstellt werden. Auch im Haushalt 1997 seien 200.000,- DM für eine mögliche Verlustabdeckung angesetzt worden. Dieser Betrag würde jedoch nur in Anspruch genommen, wenn dies auch notwendig sei.

Herr Leeker teilt zu den vorherigen Ausführungen mit, daß der Jahresabschluß für 1997 und einen Monat im Jahr 1996 zu fertigen ist. Bezüglich der Bildung des Beirates gibt er zu bedenken, daß im Frühjahr und Sommer 1997 bei der AAGE eine "Flaute" geherrscht habe und zwischenzeitlich überlegt worden sei, ob die AAGE überhaupt noch weiter existieren könne. Aus diesem Grunde sei bisher der Beirat nicht gebildet worden. Da jetzt ein Weiterleben der AAGE durch städt. Mittel möglich sei, würde in den nächsten Wochen auch der Beirat gebildet werden.

Zum Abschluß dankt Frau Burfeind den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit zum Thema Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft der Stadt Emden mbH.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

2. Jahresbericht des Seniorenbeirats in der Stadt Emden
Vorlage: 13/403

Herr Dilling erläutert sehr ausführlich den Jahresbericht des Seniorenbeirats. Hierbei teilt er u.a. mit, daß für Herrn Voß, der als Vertreter der Heimbewohner in den Beirat gewählt wurde, bisher noch kein Nachfolger gefunden werden konnte. Er teilt mit, daß die Zusammenarbeit mit Herrn Fürst als zuständigem Dezernenten sowie Herrn Potthast vom Hauptamt mit den zuständigen Sachbearbeitern laufe, auf anderen Ebenen der Verwaltung jedoch eine weniger gute Zusammenarbeit feststellbar sei. In vielen Fällen könnte hier durch einen Telefonanruf schon eine Klärung herbeigeführt werden. Bezüglich der Fachabteilung für Geriatrie im Hans-Susemihl-Krankenhaus ist der Seniorenbeirat der Auffassung, daß die Stadt Emden einen entsprechenden Antrag hätte stellen müssen. Zur Zeit sei jedoch durch die Inbetriebnahme des Hauses Beethanien, wo derzeit 26 Pflegeplätze frei seien, eine gewisse Entspannung eingetreten. Zum Service-Haus teilt er u.a. mit, daß die Nachfrage zukünftiger Nutzer entgegen allen Erwartungen

sehr groß sei. Zur Pflegesituation führt er u.a. aus, daß die Stadt Emden sich als Heimbetreiber zurückgezogen hat, aber über den Rat/die Verwaltung jedoch weiterhin verantwortlich bleibt. Zum Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs teilt er mit, daß die Anbindung des Friedhofs Tholenswehr noch nicht verwirklicht ist. Anfang 1998 soll an zwei Tagen der Friedhof angefahren werden, der genaue Termin hierfür steht jedoch noch nicht fest. Zum geplanten Einkaufszentrum in Larrelt gibt er zu bedenken, daß durch den Abzug von Lebensmitteleinzelhändlern aus der Innenstadt die Grundversorgung der älteren Bevölkerung gefährdet sei, da viele dieser Personen nur die Lebensmittel tragen könnten, die sie täglich benötigen, so daß lange Wege unzumutbar seien.

Nach Beendigung des Vortrags dankt Herr Janßen Herrn Dilling für den umfangreichen Bericht und möchte wissen, ob der Seniorenbeirat auch ermittelt hat, wie viele auswärtige Bürger in Emden Heimen untergebracht seien. Die genauen Zahlen sind Herrn Dilling jedoch nicht bekannt, lediglich für das geplante Service-Haus kann er sagen, daß viele Interessenten von außerhalb dabei seien.

Herr Haarmeyer teilt ebenfalls mit, daß die Bewohner im "Haus Simeon" sowohl von außerhalb als auch aus Emden kommen. Zum angesprochenen "Regenbogenhaus" in Greetsiel teilt er mit, daß dies ein sehr schönes, neues Heim sei. Die hohe Belegung mit Emden Bürgern resultiert seines Erachtens auch daraus, daß die Personen zunächst in Kurzzeitpflege dort untergebracht seien, es ihnen dann dort jedoch so gut gefalle, daß sie dann auch anschließend dort bleiben. Zudem sei es zum heutigen Zeitpunkt fast nicht möglich, aufgrund der hohen Kosten Betten freizuhalten. Seines Erachtens müßte durch die vielen neuen und umstrukturierten Heime der Bedarf an Plätzen auch gedeckt sein.

Herr Dilling entgegnet, daß er sehr wohl wisse, daß vom Gesetzgeber eine Auslastung der Heime zu 98 % gefordert sei. Die konkrete Situation sei jedoch so, daß zu jetzt sofort eine Aufnahme im "Haus Simeon" z.B. oder im "Douwesstift" nicht möglich sei. Es sei für die Betroffenen sehr schwer, für die Kurzzeitpflege oder auf Dauer aus Emden wegzugehen. Der Bereich der Altenheimplätze sei durch die Umwandlung fast ganz zum Erliegen gekommen.

Auf eine Zwischenfrage von Herrn Leeker bezüglich des Bedarfs in absehbarer Zeit entgegnet Herr Fürst, daß im nächsten Jahr eine Pflegekonferenz abgehalten wird. Der Vergleich mit anderen Städten zeige, daß eine Vorhaltung von Heimplätzen so gut wie unmöglich sei. Bei den in Dornum untergebrachten Emden Bürgern handele es sich um Personen, die aufgrund ihrer speziellen Erkrankungen in Emden Heimen nicht untergebracht werden konnten. Die Auffassung des Seniorenbeirats und der Altenheimbetreiber werde wohl nicht übereinstimmen können. Es sollte jedoch versucht werden, durch altengerechte Wohnungen etc. die betroffenen Bürger solange wie möglich zu Hause zu versorgen, den Betreibern der Altenheime könne es nicht zugemutet werden, Überkapazitäten zu finanzieren.

Herr Züchner bemerkt abschließend, daß es sich bei dem "Regenbogenhaus" in Greetsiel um ein neues Haus handelt, was die große Belegung mit Emden Bürgern erkläre, da zunächst vom dortigen Betreiber versucht werden muß, daß Haus zu belegen. Aufgrund der freien Kapazitäten könnten alle Heimplatzsuchenden kurzfristig aufgenommen werden.

Auf eine Frage von Herrn Kruizinga, welche Vorteile das geplante Service-Haus für die Bewohner habe und welche Kosten auf diese zukämen, teilt Herr Dilling mit, daß der Seniorenbeirat in die konkrete Planung des Service-Hauses nicht einbezogen sei. In Bremen habe sich der Seniorenbeirat ein Service-Haus angesehen, das insgesamt aus 6 Häusern mit Wohneinheiten bestand. Man müsse jedoch schon etwas betucht sein, um sich dort einkaufen zu können. Jeder Interessent sollte sich deshalb gut überlegen, ob er dazu in der Lage sei. Insgesamt sei der Seniorenbeirat jedoch sehr überrascht, wie hoch das Interesse an einer entsprechenden Wohnung im Service-Haus sei. Es sei zunächst ein Grundpreis für Wohnungseigentum oder Miete

zu erbringen, die Restleistungen (z.B. Waschen etc.) könnten zugekauft werden. Diese könnten zum Teil u.U. von der Pflegeversicherung gedeckt werden.

Herr Könitz gibt bezüglich Punkt 3 des Vortrags (Pflagesituation) zu bedenken, daß eine Erhebung erfolgen sollte, wo über längere Zeit der Bedarf liege - auch unter Einbeziehung der Erfahrung anderer Kommunen -. Die politische Entscheidung sei jedoch längst gefallen, die Leute solange wie möglich zu Hause zu versorgen. Er ist der Meinung, wenn man sich aus der öffentlichen Versorgung zurückziehe und auf den allgemeinen Markt gehe, sich auch Anbieter finden würden. Bezüglich der angesprochenen Pflegekonferenz wirft er ein, daß diese sich nicht mehr auf die engen Emdener Stadtgrenzen beschränken dürfe. Bezüglich des Punktes 5 des Berichtes von Herrn Dilling (Einkaufszentrum Larrelt) teilt er die Auffassung des Seniorenbeirates, daß die Grundversorgung der Bevölkerung gefährdet sei, da es kaum noch Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt in Bezug auf Lebensmittel gebe. Ob das Larrelter Einkaufszentrum dabei eine Rolle spiele, sei jedoch eine andere Frage.

Auch Herr Jahnke ist der Auffassung, daß die Infrastruktur in der Innenstadt nicht mehr stimmt. Als Ursache hierfür könne jedoch nicht das Einkaufszentrum in Larrelt angesehen werden.

Herr Dilling wirft ein, daß der Emdener Einzelhandel vom Seniorenbeirat aufgefordert wurde, mehr Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt zu schaffen. Der Seniorenbeirat habe auch die Idee gehabt, mit Europamitteln einen fahrbaren Lebensmittelwagen zu finanzieren. Dies sei in Emden jedoch nicht möglich. Auf die Frage von Frau E. Meyer, wie man sich ein Service-Haus vorzustellen habe, teilt Herr Dilling mit, daß es Modelle gebe, in denen Eigentumswohnungen angeboten - wie dies auch wohl in Emden der Fall sein wird - jedoch gleichzeitig Gemeinschaftsräume, ein Reinigungsdienst, eine Wäscherei angeboten werden sowie Geschäfte, ebenso häusliche und ambulante Pflege sowie ein Notrufdienst. Die einzelnen Bereiche könnten dann jeweils dazu gekauft werden.

Auf die Frage von Frau Meyer, wieviel Bewerber sich gemeldet hätten und wieviele davon aus Emden stammen, entgegnet Herr Dilling, daß er dies nicht sagen könne, da es sich um einen privaten Investor handle und der Seniorenbeirat nicht eingebunden sei.

Herr Janßen macht auf das Bremer Beispiel aufmerksam, nachdem dort alte Handys als Notrufsender kostenlos älteren Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dilling entgegnet, daß dieses Modell hier nicht geplant sei, da die in Emden ansässigen Notrufanbieter den erforderlichen Bereich abdecken.

Die Frage von Frau Grix, ob bei einem Vermieten einer entsprechenden Wohnung im Service-Haus der Mieter Anspruch auf Altenpflegegeld wie in einem Heim hat, kann nicht abschließend beantwortet werden, da hierbei zunächst zu klären ist, ob das geplante Service-Haus als Heim zu bewerten ist. Da die genaue Konzeption zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt ist, kann hierüber keine abschließende Aussage getroffen werden.

Herr Fürst bittet den Seniorenbeirat dringend, die Errichtung einer geschlossenen Abteilung im Emdener Krankenhaus abschließend durch Behandlung in dem zuständigen Ausschuß zu klären und nicht vorab das Nds. Sozialministerium einschalten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

3. Altenbefragung in Emden, Bericht des Seniorenbeirates in der Stadt Emden
Vorlage: 13/404

Bevor Herr Dilling ausführlich auf die der Einladung als Anlage beigefügte Altenbefragung eingeht, teilt er mit, daß seines Erachtens hierfür eine repräsentative Befragung älterer Mitbürger durchgeführt wurde - auch was die Anzahl der Befragten angeht. Zwar sei keine Stichprobenbefragung erfolgt, jedoch seien konkrete Ergebnisse erzielt worden. Vor der immensen Arbeit der Interviewer und Interviewerinnen und des damaligen Vorsitzenden des Seniorenbeirates müsse man auf jeden Fall den Hut ziehen. Er legt diese Altenbefragung den Mitgliedern des Sozialausschusses ans Herz, um daraus politische Konsequenzen zu ziehen.

Nach Abschluß des Berichtes dankt Frau Meyer Herrn Dilling für seine Vorträge und die ausführlichen Erläuterungen hierzu.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird der Punkt "Zwischenbericht zur Verwaltungsreform bei der Stadt Emden", der zu Beginn der Sitzung als zusätzlicher Tagesordnungspunkt aufgenommen wurde, auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Zwischenbericht zum Stand der Verwaltungsreform
Vorlage: 19980017-00

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird der Punkt "Zwischenbericht zur Verwaltungsreform bei der Stadt Emden", der zu Beginn der Sitzung als zusätzlicher Tagesordnungspunkt aufgenommen wurde, auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Ergebnis: Vertagt

TOP 6 Anfragen

--- Keine ---

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.05 Uhr und dankt allen Ausschußmitgliedern für ihre Mitarbeit. Sie wünscht den Anwesenden ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr.

Die Beschlüsse wurden gem. § 47 Abs. 3 NGO bis zum Ende der Sitzung schriftlich festgehalten.